

Volksblatt

Nummer 294

Mittwoch, den 26. Oktober

Jahrgang 1927

Rote Wochen.

Von Dr. Emil van den Boom, M.-Glabbach.

Dem aufmerksamen Beobachter der Sozialdemokratie ist es nicht entgangen, daß sie sich seit etwa drei Viertel Jahren ganz auf die Reichstags- und sonstigen Wahlen einstellt, die in der ersten Hälfte 1928 stattfinden sollen. Der Ton in der sozialdemokratischen Presse ist, seitdem die Partei in Opposition steht, ein ganz anderer, radikalere, als in den Zeiten, wo sie koalitionsfähig war. Das zeigt sich nicht nur auf sozialwirtschaftlichem, sondern auch auf kulturellem Gebiet, insbesondere in solchen Gegenden, wo man auf die Katholiken keine Rücksicht zu nehmen braucht. Man merkt es der sozialdemokratischen Presse an, wie viel wacher sie sich heute fühlt, wo sie wieder reden und schreiben kann wie zu der Zeit, wo sozialdemokratische Politik in der Hauptsache Agitationspolitik war. Der Kampf um die Wähler ist heute für die Sozialdemokratie oberstes Gesetz und ihre ganze Arbeit ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei ist sie voller Zuversicht. „Die Hamburger Bürgerchaftswahl hat“, so schreibt mit unverfälschter Gemütsregung der „Vorwärts“ (Nr. 477), „den Eindruck bestätigt, der sich schon aus den Kommunalwahlen im preussischen Unterelbegebiet vor zwei Wochen ergab. Sie hat bewiesen, daß ein harter mannaufhaltender Zug nach links durch die deutsche Wählererschaft geht und daß insbesondere die Sozialdemokratie der Sammelplatz ist für alle entscheidenden demokratischen und fortschrittlichen Kräfte.“ Aber nicht nur die Sozialdemokratie hat gewonnen, sondern ebenso sehr die K. P. D., die kommunistische Partei Deutschlands. Wird diese Tatsache für die Sozialdemokratie nicht vielleicht ein Anlaß und eine Ermunterung sein, auch ihrerseits aus taktischen Gründen den Marxismus und den Rabalstismus noch stärker zu betonen, weil das Wahlergebnis ja gleichzeitig gezeigt hat, daß auch die Parolen des bolschewistischen Rabalstismus in den Massen ein lebhaftes Echo geweckt haben?

Das Ergebnis der letzten beiden Reichstagswahlen war folgendes:

	4. Mai 1924	7. Dezember 1924
Stimmen	29 708 765	30 283 886
Stimmen Proz.	20,5	20,5
Wahlberechtigte	6 008 713	7 880 863
Unabhängige	261 559	98 909
Kommunisten	3 693 139	2 708 345
Bürgerliche Parteien	19 455 354	19 585 869

Der Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen ist seit dem 4. Mai 1924 von 20,5 auf 20,5 bei den Wahlen vom 7. Dezember gestiegen. In derselben Zeit ist der Anteil der kommunistischen Stimmen von 12,6 auf 9,0 Prozent gestiegen. Der Anteil der bürgerlichen Stimmen ist von 66 auf 64 Prozent zurückgegangen. Von den sozialdemokratischen Wählern ist jedoch nur ein geringer Teil zugleich eingeschriebenes Parteimitglied. Am 31. Dezember 1926 wurden 823 520 eingeschriebene Mitglieder gezählt — darunter 165 492 Frauen — gegen 806 268 Mitglieder zu Anfang des Jahres. Eine Altersstatistik der Parteimitglieder ergibt — um einige weniger interessante Ziffern über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung anzuführen —, daß die Mehrzahl in den Jahren zwischen 31 und 55 steht. Einige Bezirke haben eine Statistik über die Berufszugehörigkeit der männlichen Mitglieder aufgenommen. Wendet man diese Statistik auf das ganze Reich an, so zeigt sich, daß fast 85 v. H. der Mitglieder Hand- und Kopfarbeiter sind, 4,62 v. H. sind selbständige Gewerbetreibende, 2 v. H. gehören den freien Berufen an, 9 v. H. der Mitglieder haben keine Angaben über ihren Beruf gemacht. Die Partei ist im Reichstag mit 131 Abgeordneten vertreten, in den Landesparlamenten mit 468; in 1122 Städten besitzt sie 6773 Stadtverordnete, in rund 7000 Gemeinden 29 000 Gemeindevorsteher, 340 besoldete Stadträte. Die Parteipresse umfaßt 184 Tageszeitungen (10 mehr als im Vorjahre). Die gesamte Abonnentenzahl beträgt rund 1,1 Millionen.

Den Auftakt zu den Wahlen soll nun die vom Parteivorstand und Parteiausschuß auf die Zeit vom 6. bis 13. November festgelegte Werbewoche bilden, die sich einheitlich auf das ganze Reich erstrecken soll. „Diese Werbewoche zu einer roten Woche zu gestalten und damit das rote Jahr 1928 vorzubereiten, ist nunmehr die Aufgabe unserer Organisationen, ihrer Leitungen und Funktionäre sowie der gesamten Parteimitgliedschaft.“ So lautet das Mitglied des Parteivorstandes, J. Vogel, ein „Vorwort zur Werbewoche“ im „Vorwärts“ (Nr. 477) ein. Auf dem letzten Parteitag im Mai wurde lebhaft darüber geklagt, daß die eigentliche Parteiorganisation selbst unter dem Reichsbanner und einer sonstigen Liebesorganisation. Auch Vogel meint, heute glaubten viele Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Pflicht der Arbeiterbewegung gegenüber schon dann erfüllt zu haben, wenn sie dem Reichsbanner oder einem der verschiedenen Arbeiterporträts angehörten. — In der Tat wird der Sozialist heute von nicht weniger als 40 Spielarten von Organisationsmöglichkeiten erfüllt, als da sind: Arbeiterportbewegung, Arbeiterwohlfahrt, Arbeiterjugend, Jungsozialisten, Kinderfreunde, Bund der Kinderreichen, Schulausschüsse, Kreisbünde, re-

ligiöse Sozialisten, Zusammenschluß der Akademiker, der Juristen, Ärzte, Lehrer, Freie Volksbühnen, Bewegung der Naturfreunde, Verband für Volksgeundheit, Stenographenbund, Radiobund, Arbeiterschachbund, Esperantobewegung und so fort. Dieser Organisationsreichtum kann aber nicht genügen. Vielmehr muß „aber allen auch für die jungen Arbeiter und die jungen Arbeiterin die Partei stehen, die für die anderen genannten Organisationen erst die Existenzmöglichkeit geschaffen hat und auf deren Hilfe sie auch heute immer noch angewiesen sind“, so heißt es wörtlich im „Vorwärts“.

Bei der vorjährigen Werbewoche wurden 52 241 Mitglieder, darunter 10 110 weibliche, und 69 879 Abonnenten der Parteipresse gewonnen. Das Ergebnis scheint aber die obersten Parteileitungen nicht befriedigt zu haben. Vielfach habe, so wird im „Vorwärts“-Vorwort ausgeführt, sich die Werbearbeit nur auf die Orte beschränkt, in denen bereits Ortsgruppen der Partei bestanden. Wie wichtig es aber sei, auch in anderen Orten Stützpunkte zu schaffen und neue

Parteimitglieder und ständige Bezirker für die Zeitungen zu werben, zeigte folgende Zahlen. Nach dem statistischen Jahrbuch des Reiches für das Jahr 1926 gibt es in Deutschland 63 580 Gemeinden, die Partei aber verfügt nur in 8230 Gemeinden über eigene Ortsgruppen. Von der Gesamtzahl der Gemeinden entfallen 60 132 = 94,57 Prozent auf das Land. Es sind das Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Nur 3448 = 5,43 Prozent sind städtische Gemeinden. In den Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern wohnt fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Aus allem ergebe sich, wie dringend notwendig die Landagitation sei und intensiv sie betrieben werden müsse. Man wird daher — auch das neue sozialdemokratische Landprogramm deutet es ja an — damit rechnen müssen, daß die Partei sich in den nächsten Wintermonaten besonders an die Landbevölkerung wenden und hier versuchen wird, Erfolge zu bekommen für eventuelle Verluste, die in den Städten durch einen weiteren Linksabmarsch in Richtung K. P. D. erfolgen können.

Auch diese hat ihre rote Werbewoche. In einem Aufruf: „Rüffet zum Herbstanbruch!“ feiert die „Rote Fahne“ (Nr. 239) ihre kommunistischen Parteigenossen an: „Das vom Zentralkomitee beschlossene Herbstanbruchgebot verpflichtet jeden Parteigenossen und jede Parteigenossin, der Partei neue Mitglieder aus den Reihen der Sympathisierenden zuzuführen, für die Parteipresse neue Leser zu gewinnen. In allen Bezirken, in allen Ortsgruppen und Zellen muß die Mobilisierung der werktätigen Massen für den Kampf gegen den Bürgerblock und Hindenburg-Kurs verbunden werden mit einer breiten Werbekampagne für die Partei und unsere Presse.“ So befehrt die Sozialdemokratie und Kommunisten nur ein Ziel, das für erstere die „Rheinische Zeitung“ dahin formuliert: „Stärkste Machterweiterung der Sozialdemokratie!“ Wie sie sie staatspolitisch und wirtschaftspolitisch auszuwerten gedenkt, unter gleichzeitiger Übernahme weitgehender Verantwortung in Volkshaar und Volksgemeinschaft, darüber schweigt der Werber für die roten Wochen Werksamkeit.

Reparationsagent und Reichsfinanzminister.

Die finanzpolitischen Tagesfragen.

Die Denkschrift des Reparationsagenten. — Die Besoldungsvorlage. — Das Reichsschulgesetz. — Die Liquidationsgesetzentwürfe.

Von unserer Berliner Redaktion. Berlin, 25. Okt. (Draht.)

Obwohl die Vollversammlung des Reichstages eine vierwöchige Unterbrechung ihrer Beratungen hat einreten lassen, stehen so hochpolitische Probleme im Mittelpunkt der parlamentarischen Diskussion, daß man getrost von einer Hochkonjunktur sprechen kann. Hierbei konzentriert sich das Hauptinteresse immer noch auf die Denkschrift des Reparationsagenten, die am vergangenen Freitag dem Reichsfinanzminister und in Abschrift dem Reichsaussenminister überreicht worden ist. Neben das Außenministerium soll das Reichsaussenministerium die Denkschrift weiterleiten.

Das Memorandum hat seinen Ausgangspunkt in dem vom Reparationsagenten vorgelegten Zwischenbericht vom 10. Juli d. J., in dem das öffentliche Finanzwesen des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die deutsche Währungs- und Kreditpolitik eingehend behandelt worden sind. Dieser Bericht, der seinen Ursprung im Nachtragsgesetz für 1926 hat, gab Veranlassung zu zahlreichen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reparationsagenten stattgefundenen Besprechungen, bei denen, wie es ganz selbstverständlich ist, auch die schwebenden Entwürfe in den Bereich der Erörterung einbezogen wurden. Die Ausprägungen wurden nur durch den Urlaub der beiden genannten Herren unterbrochen, aber sofort nach der Rückkehr des Reparationsagenten von seiner Amerikareise wieder aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß sich diese Unterhaltungen auch im Reichstag für 1928 auswirken werden, der in den nächsten Wochen dem Reichstag zugeht. Bei all diesen Besprechungen wurden natürlich auch die schwebenden Gesetzentwürfe behandelt. Und so wurde auch die Besoldungsvorlage besprochen, die inzwischen greifbare Gestalt angenommen hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß Herr Parler Gilbert seine Aufstellung schriftlich fixieren solle als Unterlage zu weiteren Besprechungen. Daß es sich bei der Denkschrift nicht um einen Blick aus heiterem Himmel handelt, geht schon aus dem Begleit Schreiben des Reparationsagenten hervor, in dem es heißt: „In Gemäßheit unserer Vereinbarung über den Inhalt der Denkschrift“ usw. Herr Parler Gilbert hat sich also nicht in unzulässiger Weise in die innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands durch einen Protest eingemischt, sondern durch seine Denkschrift nur eine festere Grundlage für einen verstärkten Gedankenaustausch gegeben. Sowohl die Reichsregierung wie Herr Parler Gilbert bedauern außerordentlich, daß infolge von Indiskretionen, denen sie vollkommen fernsteht, der Zweck, der hätte erreicht werden können, nunmehr einigermaßen gefährdet zu sein scheint.

Wenden gegen eine Politik gegen den Ausgaben hat der Reparationsagent schon in seinem Juni-Bericht zum Ausdruck gebracht. Sie legten in dem Augenblick ein, als der Nachtragsgesetz für 1926 eingebracht wurde, und wurden dann verstärkt durch die Regelung des Finanzausgleichs. In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre tatsächlich mehr Gesetzesvorlagen zu verzeichnen sind als im Vorjahr, und daß diese Entwürfe naturgemäß eine Auswirkung auf die Finanzgebarung haben. Diese Vermehrung der Vorlagen hat ihren Grund darin, daß die Notwendigkeit für sie mit der Zeit immer dringlicher wurde und daß man in Kreisen der Reichsregierung ihre Erledigung für wünschenswert hielt, bevor der Reparationsplan beim Eintritt seiner stärkeren Auswirkung alle Kräfte in Anspruch nahm.

Die Besprechungen, die der Reichsfinanzminister mit dem Reparationsagenten hatte, dürften all diese Fragen mitbestimmt haben. Die letzte Besprechung fand am heutigen Dienstag statt. Es ist anzunehmen, daß die nächste Unterhaltung noch im Laufe dieser Woche stattfinden wird und daß namentlich bis zur Fertigstellung des Jahresberichtes des Reparationsagenten, der im November erscheint, eine Anzahl weiterer folgen wird. Nachdem somit jetzt über die Entwicklungsgeschichte der Denkschrift volle Klarheit herrscht, ist es recht verständlich, weshalb nicht bereits Ende der vergangenen Woche durch ein ausführliches Communiqué die Dinge richtig gestellt worden sind. Durch diese Unterlassung war es möglich, daß eine gewisse Presse übermäßig scharfe Angriffe gegen den Reparationsagenten richtete, der tatsächlich nichts Unschönes getan hat, sondern nur dem Reichskabinett beim Reichsfinanzministerium einen Gefallen erwiesen wollte. Im übrigen muß noch festgestellt werden, daß über den Inhalt der Denkschrift auch jetzt noch Stillstehen weichen bewahrt wird. Auch in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages wird, soweit wir unterrichtet sind, Reichsfinanzminister Dr. Brücker nur auf die Denkschrift hinweisen, um dann eine genaue Darstellung der finanziellen Lage des Reiches zu geben. Der Vorbereitung dieses Entwurfs hat eine Sitzung des Reichskabinetts am heutigen Abend.

des Reparationsagenten, der im November erscheint, eine Anzahl weiterer folgen wird.

Die demokratische Presse macht abermals den Versuch, den verflochtenen Reichsfinanzminister Dr. Brücker in hellstem Lichte erscheinen zu lassen, um den jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Brücker um den jenseitigen hinzustellen. Dieses ganze Gerücht ist ein bloßer Unfug. Dr. Brücker hatte keine besondere großen Gesetzesvorlagen während seiner Amtsführung zu vertreten. Da das Reichskabinett sich aus guten Gründen von der Überzeugung tragen läßt, daß die dem Parlament vorliegenden Gesetzentwürfe unter Nach und Nach gebracht werden, bevor das Normaljahr des Dawesplanes beginnt, muß wohl oder übel Reichsfinanzminister Dr. Brücker „den Kopf hinhalten“ für alle Einwände, die die Oppositionspresse über die Besoldungsvorlage zu haben scheint. Es ist eben hier wie überall: Schimpfen ist leicht, wenn man selbst keine Verantwortung trägt.

Bezüglich der Besoldungsvorlage wurde von Gegnern der Regierungskoalition die Meinung in die Welt gesetzt, das Kabinett trage sich mit dem Gedanken, die Vorlage zurückzuziehen oder, doch in der Richtung einer geringeren Belastung des Reiches und der Länder zu ändern. Nach unseren Informationen liegt kein Anhaltspunkt dafür vor, daß dieses oder jenes etwa von der Reichsregierung bezug dem Reichsfinanzminister beabsichtigt sei. Ob jedoch die Besoldungsvorlage in ihrer jetzigen Form oder mit Veränderungen angenommen wird, muß abgewartet werden. Es ist ja bekannt, daß der Entwurf auf der einen Seite als zu weitgehend angesehen, während er auf der anderen Seite als zu gering betrachtet wird. Auf welcher Linie sich die widerstrebenden Meinungen treffen werden, ist selbstverständlich heute noch nicht zu überschauen. Fest steht allerdings, daß die Vorlage nicht nach oben abgeändert werden kann. Klarer wird man erst sehen können, wenn der Hauptausschuß, der wahrscheinlich einen Unterausschuß einlegen wird, mehrere Beratungstage hinter sich hat.

Im Hinblick auf das Schulgesetz wird immer wieder die Frage nach den Kosten aufgeworfen. Schon mehrfach haben wir betont, daß eine genaue Berechnung zur Zeit noch nicht möglich ist. In der preussischen Vorlage wird auf die Unmöglichkeit eines endgültigen Kostenschätzungen hingewiesen. Die von demokratischer Seite genannte Summe in Höhe von 600 Millionen ist eine Phantasiezahl. Obwohl endgültige Beträge nicht zu errechnen sind, hat sich das Reichsfinanzministerium dennoch der Aufgabe unterzogen, einen Kostenanschlag auszuarbeiten, der dem Bildungsausschuß des Reichstages zur Verfügung gestellt wird. Eine Zurückstellung des Schulgesetzes, von der auch in der Presse die Rede ist, wird von keiner Seite beabsichtigt.

Mit der Umarbeitung des Liquidationsgesetzentwurfes ist das Reichsfinanz-

Ausschluß Trotkis und Sinowjews aus dem Zentralkomitee.

Ein unerwarteter Beschluß.

(1) Moskau, 24. Okt. Das Zentralkomitee hat beschlossen, Sinowjew und Trotki aus dem Zentralkomitee auszuschließen.

Der Beschluß weist darauf hin, daß das vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkommission, das im August tagte, gegenüber Trotki und Sinowjew eine weitgehende Duldsamkeit und Nachgiebigkeit dadurch an den Tag legte, daß es ihnen die Möglichkeit gab, ihr Versprechen über die Loslösung vom Fraktionsstempel einzuhalten und sich damals auf eine Warnung, die die letzte war, beschränkte. Trotki und Sinowjew betrogen jedoch damals die Partei und verletzten in größtmöglicher Weise ihre übernommenen Verpflichtungen, indem sie den Fraktionsstempel gegen die Partei und deren Einheit auf eine Stufe brachten, die an die Gründung einer neuen Partei gemeinam mit den bürgerlichen Intellektuellen grenzte. Das Plenum beschloß, das gesamte Material über die separatistische Tätigkeit der Führer der Trotki-Fraktion ebenso wie der Gruppe Sinowjew-Sapronow dem 15. Parteikongress zur Prüfung zu unterbreiten.

Der Moskauer Sonderberichterstatter der „A. Z.“ drückt dazu: Das in aller Stille zusammengetretene Plenum des Hauptausschusses der Partei schloß Trotki und Sinowjew aus dem Hauptausschuß, jedoch noch nicht aus der Partei aus. Damit entfällt für die Oppositionsführer das Auftreten auf dem 15. Parteikongress. Der Beschluß kommt jetzt, wo am 1. November, einen Monat vor dem Parteikongress, die öffentliche Parteilauseparade beginnen sollte, völlig unerwartet. Der Hauptausschuß nimmt damit die Legitimation legaler Wirksamkeit in den Parteireihen, denn nach dem Verlust der Autorität als Mitglieder des Hauptausschusses sind die überlebenden Mitglieder der Oppositionsführer formell als gewöhnliche Parteimitglieder dem kleinste Funktionär im Parteiamt disziplinär unterworfen. Nach der brutalen Mundtotmachung der Führer dürften die Parteilauseparade und der Kongress für die übrigen Oppositionellen keine verlockende Arena mehr sein. Diese Gewaltsamkeit beinträchtigt die Unternehmung der unbedingten Stärke des Hauptausschusses, da nur die Befolgung vor den künftigen Parteikongressen Trotki und Sinowjew diesen Schritt heranziehen können. Wahrscheinlich werden beide diesem Schritt auch nicht entgegen, wenn erst der Parteikongress die Unternehmung getroffen hätte. Innerpolitisch dürfte die Unterbrechung hoher Wogen bei der Parteilauseparade gewisse Beruhigung des gesamten Parteilebens bewirken. Für das weitere Schicksal der Oppositionsführer bleiben nur zwei Wege offen: Verbannung unter strenger Bewachung oder Gründung einer neuen Partei im Ausland.

Nachruf
Am Sonntag, den 28. Oktober, verstarb
Herr Schreinermeister
Johann Robeling
im Alter von 63 Jahren.
Seit dem Jahre 1900 bis zu seinem Tode, fast 28 Jahre lang, hat der Verstorbene im Dienst der öffentlichen Armen- und Wohlfahrtspflege in unermüdlicher Weise seine Kräfte dem Gemeinwesen gewidmet. Oeffentlich wie im Stillen war er jederzeit bereit, das Los der Armen und Bedrückten zu erleichtern. Die Wohlfahrtspflege Bocholts verliert in ihm einen der Ältesten und treuesten Mitarbeiter, dessen Name unvergessen bleiben wird.
Bocholt, den 25. Oktober 1927.
Der Oberbürgermeister
Dr. Schmitz.

Bekanntmachung.
Der Schreiner Bernhard Willing zu Holtw. Nr. 43 hat die Genehmigung zur Anfechtung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortsteil in der politischen Gemeinde Gieberten gelegenen, ungebauten Grundstücke Flur 7 Nr. 1348/398 der Katastergemeinde Brantbrunn.
An Gemüthlichkeit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen den Willen der Eigentümer, Nutzungsberechtigten und Pächter der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlussfrist von 21 Tagen bei dem Kreisaußenamt in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründet, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Anfechtung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.
Lieben, den 24. Oktober 1927.
Der Gemeindevorsteher: E. King.

Berater- und Fürsorgestelle für Alkoholkranke.
Realschulstraße Nr. 11, gegenüber der Ortskrankenkasse (Eingang zur Kasse).
Sprechstunden:
Jeden Montag von 3-5 Uhr nachmittags,
Donnerstag v. morgens 9-12 Uhr.
An Alkoholkranke und deren Angehörige wird dort kostenlos Rat u. Auskunft erteilt. Streng vertraulich.

Achtung! Achtung!
Großes Preisschießen!
Der Brieftaubenverein „Heimkehr“ veranstaltet aus Anlass des Vereinsjubiläums Herrn Bernhard Matzke, Kaiser Friedrichstr., ein **großes Preisschießen**, wo ein jeder seinen Wintervorrat bedenken kann.
Es sind folgende Preise zu erringen:
1. Preis: ein fettes Schwein,
2. „ ein Kalb,
3. „ ein Schaf,
4. „ ein Stamm Hühner,
5. „ zwei Gänse,
6. „ vier Hühner u. a. mehr.
Samstag und Sonntag Tagespreise.
Um regen Besuch bittet
Brieftaubenverein „Heimkehr.“

Für Baumwoll-Webereien
In den Freistaaten Sachsen u. Thüringen und Provinz Sachsen bei den größeren Manufakturwaren-Detailschäften seit langen Jahren eingeführter Reisevertreter sucht einen Fabrikanten von baumwollenen Handtüchern. Es wird eine ganz intensive Bearbeitung des genannten Gebietes gewährleistet, da eigenes Auto u. Chauffeur vorhanden, andererseits wird prompte und billige Bedienung der Kundschaft gefordert. Prima Referenzen.
Offerten unter „L. G. 18018“ an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Bubi-Kopf
Schneiden, Pflegen, Wasserwollen
Spezialität: Neuschneit
Erste Kräfte. Zivile Preise.
Wwe. Heinr. Rolf
Nordstr. 4.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Karmelitergeiß
Amol erprobt u. bewährt bei Gicht, Ischias u. Rheumatismus, Zahn- und Kopfschmerz und bei allen Nerven- und Erkältungskrankheiten.
DROGERIE BRUNS
Nordstr. 22.

K. K. V. Westfalia
Heute abend 8 Uhr:
VERSAMMLUNG
sämtlicher Krankenkassenmitglieder. Es wird bestimmt damit gerechnet, daß sich sämtliche Mitglieder hierzu einfinden, da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind.
Anschließend daran:
VORTRAG
des Diplom-Handelslehrers Meyer über:
„Die Reklame des Kaufmanns und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung.“
Bei der umfassenden Bedeutung, die der Reklame im heutigen Wirtschaftsleben zukommt, rechnen wir damit, daß sämtl. Mitglieder, vor allem aber die selbständigen Kaufleute, zu diesem Vortrag erscheinen werden.
Der Vorstand.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Bocholt (chr. Gewerkschaften).
Am Donnerstag, den 27. Oktober, findet abends 8.15 Uhr im Saale des Arbeitervereins St. Joseph eine
Berammlung sämtlicher Mitglieder der angeschlossenen Berufsorganisationen statt.
Tagesordnung:
„Die Einführung in die soziale Politik.“
Redner: Köster, Köln.
Weitere Vorträge finden am Freitag, den 28. und Samstag, den 29. Oktober, im selben Lokale statt. Die Mitglieder der angeschlossenen Berufsorganisationen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorsitzende.

Capitol-Theater
Eine ganz besondere Darbietung!
Nur noch Mittwoch und Donnerstag.
1. Das große Filmwerk:



Die Achtzehnjährigen
Ein Großfilm unserer Zeit, voll heißen Gefühls und erschütternder Realistik.
6 prachtvolle Akte!
Erstklassige Besetzung: Evelyn Holt, Frida Richard, Ernst Verbeke, André in Fayette, Paul Otto, Siegfried Arno.
2. Großfilm:
Liebe u. Geschäft
Der Roman einer unverstandenen Frau.
6 Akte nach dem bekannten Theaterstück „Antoinette Sabrier“.
In den Hauptrollen: Henry Stuckert, Georges Darel.
3.
Kulturarbeit in Abyssinien
Kulturfilm.
Außerdem der humoristische Teil.
Die Musik wird ausgeführt vom Capitol-Orchester.
Am Nachtstück: Karl Pöhlert.

Ein im Bau befindliches
Einfamilienhaus
mit Garten,
welches bis zum 15. Dez. 1927 beziehbare wird, ist zu verkaufen.
Nähere Auskunft erteilt
Architekt Herm. Voss,
Schwarzh. 21.

Ein circa 30 qm großes
Geschäftslokal
an verkehrsreicher Straße, jedoch außerhalb der Stadt ist mit oder ohne Nebenzimmern zu vermieten.
Offerten unter Nr. C 6711 an das Bocholter Volksblatt erbitten.

Fremmae, SALEM ZIGARETTEN
das einzig Richtige!
Sie sind leicht und von hervorragender Beschaffenheit.
Vortrefflich bis zum letzten Zug!

Kath. Akademiker,
besucht, wenn Ihr nach Berlin kommt,
die kath. akademische Lesehalle
NW. 8, Albrechtstr. 11.

Carlus-Storbevorsorge
Münster i. W.
sucht für Bocholt und Umgegend noch
2 fleißige Werber
gegen hohe Vergütung.
Anmeldungen erbitten an die Ortsgeschäftsstelle **Johann Keller**, Süd-mauer 18.



Wenn Sie einen Lastkraftwagen beschaffen, dann werden Sie sicher darauf achten, ein modernes Fahrzeug bewährter Marke zu kaufen.
Aber lassen Sie sich auch zeigen, ob alle Teile, die einem unvermeidlichen Verschleiß ausgesetzt sind, schnell und einfach ausgewechselt werden können.
Beim neuen **Büssing-Sechszylinder** lassen sich die einzelnen Fahrgestell-Gruppen denkbar leicht ein- und ausbauen; alle Ersatzteile werden serienmäßig nach dem System der Feinpassung geliefert.
Das erspart Zeit und Kosten — das Reparaturkonto wird deshalb beim **Büssing-Sechszylinder** stets sehr niedrig sein.
Nähere Auskunft über Typen, Preise und Spezialausführungen wird gern und völlig unverbindlich erteilt.
Automobilzentrale
Wilhelm Hädrich, Duisburg
Telephon 34421
Generalvertreter der Automobilwerke H. Büssing A.-G., Braunschweig.
Größter Betrieb Westdeutschlands.
Vertreter: **Walter Große**, Wesel, Fusternbergerstr. 2.

Everhard Heissen
Ravardistraße 8
empfiehlt in großer Auswahl:
PELZWAREN
eigener Anfertigung, sowie
Pelzbesätze
in allen modernen Pelzsorten.
Belegen von Mänteln in kürzester Zeit.

Adam
Gerh. Adam, Flügel- u. Pianofabrik
Wesel Kaiserplatz 4
Dortmund Westenhellweg 136
Duisburg Königsstraße 9

Auf die Wirkung kommt es an!
Nicht man jedem...
SCOTT'S EMULSION
NIEDERLAGEN:
Stern-Drogerie A. Seiner & Gröte, Ravardstr. 41.

Leiting' wetterfeste Stiefel
in Preis und Qualität unübertroffen.
Schuhhaus Leiting
gegründet 1886.
Tel. 2448. Osterstr. 45.

St. Georgius-Schlützen-Verein
Diejenigen Damen u. Herren des Vereins, die bei den Vorbereitungen der diesjährigen Winterveranstaltungen mitwirken wollen, werden zu einer
Sitzung
des Vergnügungsausschusses am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 9 Uhr, im kleinen Saale des Schützenhauses herzlich eingeladen.
Der Vergnügungsdirektor.

Guterhaltener Kinderwagen
Werte Brennabor für 25 Mk. zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Textil-
Mutter- Schneidemaschine
zu kaufen gesucht.
Angeb. unter B. D. an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbitten.
Jede Woche frische
Hausmacher-wurk
Aug. Buhe
Nordstr. 52.

Ein fettes Kalb
haben zu verkaufen
Georg. Albrecht
Haus Fing, Bocholt.
Inhalations-Apparate
für Halsleidende in verschied. Größen und Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstr. 22.
Gut möbliertes
Zimmer
mit oder ohne Pension zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Großartig
BURNUS
ist der Gedanke, an Stelle scharfer Chemikalien ein unschädliches Naturprodukt zur Wäschereinigung zu benutzen. Seine Verwirklichung fand er in dem aus Verdauungsstoffen von Schlachtvieh bestehenden Einweichmittel Burnus. Verwenden Sie zum Auflösen nie heißes, sondern badewarmes Wasser, und Sie sind überrascht von der Reinigungskraft des garantiert unschädlichen
Organischen Wäsche-Einweichmittels
BURNUS
1 kleine Patrone für 30 Liter Wasser 25 Pf.
1 große „ 100 „ 60 „

Rheider
Arbeitsblatt des Stadtfreies Bocholter Angewandten Vereins von Bürgermeistern und Gemeindevorstehern
Die politische...
einem bemerkenswerten...
Forschungsausschuss...
in der Dillinger...
langen der Sozial...
Zustimmung der...
feindlichen Brüder...
worden war, hat i...
Zugungen die Ding...
1923 und in den La...
des gleichen Jahres...
aller Welt gebracht.
Nicht jedermann...
Dinge, die sich da...
Bayern in Münche...
lungen des Unterf...
Landtags erneut zu...
liden Debatte gestell...
daß die Auslagen de...
in Bayern in man...
nach dem vielbespro...
noch dunkel geblieben...
nungen wurden sog...
der Erledigung des...
stehenden Ereignisse...
nationaler Seite me...
beiten des Ausschusse...
über gar zu unterb...
schon am Anfang der...
sich der deutschnat...
Silbert mit Unter...
aners Abg. Dr. Dörf...
wandle. Sie unterl...
der Bayerischen Vol...
schlichte Teilnehmer...
machte dann später...
sie nach der Verneh...
sich rechtfertigen...
Gärtner die Ver...
ministers Dr. Schw...
die Genannten hier...
betonen, sagte die...
nicht gerade ins Best...
Wahrung des Vorst...
der Vermeidung fal...
Schuldigkeit von ih...
Im Interesse ein...
Vorgänge vom...
schärfert. Die freien...
für den 1. Mai 1923...
nen Zug zu ihrer W...
halten. Die W...
fast durchweg unter...
stehen, trachtete...
zialdemokratische...
vereiteln. Sie n...
gegenüber, die dama...
n...
n...
mit oder ohne deren...
demokraten mit Wal...
Die Dinge spigten...
nachte, und am Aben...
Bericht des damalige...
rechtsradikalen Krei...
me tolle Fund...
Mund zu Mund gegag...
sinnungsgenossen und...
der Stadt gelegenen...
Flugplatz (München)...
etwa 8000 Nationalso...
20-25 Maschinenge...
naten. Der damalige...
schon genannte Dr. C...
Vorbereitungen getrol...
und Landposten aus...
herangezogen, die bi...
ten und etwa 100...
Reichswehr und...
Polizei war nach d...
länger kein Verla...
Der hier von Sch...
des energischen Zugr...
erischen Entwicklung...
worden. Die Schuld...
Aufgaben des Unterf...
Aufgabe so, daß nach...
Berichtsfatter Graf...
Bayerischen Volkspar...
und Reichsbannerma...
Virtner und nach...
Schweyer vernommen...
teren waren weitaus...
lung der nach dem 1...
aus der sich die Ding...
mildert haben. Denn...
das von dem jetzigen...
schon geleitete Zu...
saunt hatte, nach der...
setzte Banden (s...
§ 127 des Reichsstr...
meter (Pauken) vor...
handlungen läßt sich...
daß hier in Bayeri...